

Dänemark

Anne Pintz

Wie schon in den vergangenen Jahren prägten Diskussionen um die Rolle Dänemarks in der Europäischen Union, insbesondere auch im Rahmen der Brexit-Entwicklungen, die europapolitische Debatte in Dänemark im vergangenen Jahr. Dies ging mit einer Veränderung der Haltung von Politik und Gesellschaft gegenüber der Union einher, was sich auch auf den Ausgang der zwei Wahlen, die 2019 in Dänemark stattfanden, auswirkte: Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai und zum Folketing, dem dänischen Parlament, im Juni 2019. In beiden Wahlen konnte man eine Stärkung der europafreundlichen Parteien beobachten, während europaskeptische Parteien abgestraft wurden.

Europawahl

Die Wahl zum Europäischen Parlament in Dänemark am 26. Mai 2019 wurde zwar in den Medien stark thematisiert, stand aber im Schatten der Wahlen des Folketing am 5. Juni 2019. Nichtsdestotrotz lag die Wahlbeteiligung an den Europawahlen bei einem Rekordhoch von 66 Prozent und übertraf damit den bisherigen Höchstwert aus dem Jahr 2009 von 59,5 Prozent.

Entgegen vorheriger Prognosen, welche die Sozialdemokraten als stärkste Kraft sahen, ging die Regierungspartei Venstre als Wahlsieger hervor und gewann vier der 14 dänischen Sitze. Dies ist eine Verdopplung im Vergleich zu 2014; allerdings wird Venstre das vierte Mandat erst antreten können, wenn die Briten die Europäische Union verlassen haben. Die Sozialdemokraten mussten sich mit drei Sitzen begnügen. Wahlverlierer ist die rechtsorientierte, europaskeptische Dänische Volkspartei (DVP). Während diese bei den letzten Europawahlen mit vier Mandaten die stärkste dänische Partei war, wird sie künftig mit lediglich einem Mandat im Europäischen Parlament vertreten sein. Ferner wird die links-gerichtete, europaskeptische Folkebevægelsen mod EU (Volksbewegung gegen die Europäische Union) zum ersten Mal seit 1979 nicht im Europäischen Parlament vertreten sein. Im Gegenzug erhielt die sozialistische und grüne Enhedslisten das erste Mal einen Sitz im Parlament. Während die Enhedslisten der Europäischen Union weiterhin skeptisch gegenüber steht, war bei der Partei ein leichter Richtungswechsel zu beobachten. Die Radikale Linke und die Sozialistische Volkspartei, beide als europafreundlich eingestuft, erhalten jeweils zwei Mandate, doppelt so viele wie 2014. Die Konservativen gewannen ein Mandat.¹

Der Europawahlkampf stand ganz im Zeichen des Klimaschutzes: Die dänischen Wähler sahen den Kampf gegen den Klimawandel als zentrales Thema der Wahlen, das von allen dänischen Parteien zum ersten Mal in ihre Programme aufgenommen wurde. Es herrschte grundsätzliches Einvernehmen, dass dies als grenzüberschreitende Angelegenheit Aufgabe der Europäischen Union ist.² Darüber hinaus wird das Ergebnis der Wahlen als ein Zeichen

1 Folketinget: Valgresultat EP-valg, 24.5.2019, abrufbar unter https://www.ft.dk/da/aktuelt/nyheder/2019/06/valgresultat_epvalg (letzter Zugriff: 10.06.2019).

2 Steffen Moses/Mette Mandrup: Overraskende måling: Klima slår migration som vælgernes topfokus ved EU-valg, in: Policy Watch, 4.2.2019.

gedeutet, dass es entgegen der Ergebnisse in anderen europäischen Ländern in Dänemark immer weniger Spielraum für Europaskepsis gibt. Die Wahlergebnisse wurden zudem als ein Stimmungsbild für die Wahlen des Folketing gesehen. In den Umfragen zu den Wahlen des Folketings lagen bis zu diesem Zeitpunkt die Sozialdemokraten mit den anderen Parteien des roten Blocks vorne, was einen Regierungswechsel bedeutet hätte. Das Resultat der Europawahlen, aus welchen die führende Partei des blauen Blocks als Gewinner hervorging, verhielt Spannung für die nationale Abstimmung.

Folketingswahl

Premierminister Lars Løkke Rasmussen hatte Anfang Mai die Wahlen für den 5. Juni 2019 angesetzt. In den 29 Tagen des Wahlkampfes kämpften 13 Parteien um den Einzug ins dänische Parlament. Entscheidende Wahlkampfthemen waren Klima, Bildung, Gesundheitsreform, Steuern und der Sozialstaat. Die dänische Einwanderungspolitik war weniger umstritten. Dies lag insbesondere an der Positionsveränderung der Sozialdemokraten, welche immer stärker auf eine strikte Begrenzung von Migration und eine staatlich verordnete Integration setzten, um den Rechtspopulisten den komparativen Vorteil abzunehmen.

Die Wahlbeteiligung lag bei 84,54 Prozent. Im Kräfteverhältnis zwischen den Parteien des roten und des blauen Blocks ging der roten Block mit 93 der 179 Mandate als Wahlsieger hervor. Der blaue Block, welcher momentan die Regierung stellt, kommt auf 76 Mandate. Wie im Vorfeld erwartet, wurden die Sozialdemokraten die größte Fraktion. Während ihr Stimmenanteil mit 25,9 Prozent im Vergleich zu den Wahlen 2015 leicht zurückging, gewann die Partei einen Sitz dazu. Die bisherige konservativ-liberale Regierungspartei Venstre kam auf 23,4 Prozent, womit sie neun Sitze mehr als 2015 gewann. Die Sitze der DVP wurden mit 16 Sitzen mehr als halbiert, das schlechteste Ergebnis der Partei seit 1998. Von den neu kandidierenden Parteien schaffte alleine die rechtspopulistische Ny Borgerlige mit vier Mandaten den Einzug ins Parlament.³

Das neue Parlament gilt als „das roteste Folketing, das wir seit fast 50 Jahren gesehen haben“⁴. Kommentatoren zufolge hat der Erfolg des roten Blocks zwei Gründe: Viele Wähler aus der Arbeiterschaft, welche zuletzt die DVP gewählt hatten, sind zur Sozialdemokratie zurückgekehrt. Dies liegt zum einen an deren restriktiven Ausländerpolitik und Forderungen zum Ausbau des Sozialstaates. Zum anderen half der klimapolitische Schwerpunkt des Wahlkampfes den Parteien des roten Blocks, welchen hierbei – in unterschiedlichem Ausmaß – große Kompetenz nachgesagt wird. Im Gegensatz dazu ist der rechtsextreme Flügel in Dänemark fast zusammengebrochen, was auch auf die niedrigere Zahl an Einwanderern, die zunehmende dänische Besorgnis über den Rechtspopulismus in Großbritannien, den Brexit und die Wahl von Donald Trump in den Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen ist.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass leichte Verhandlungen für die Bildung einer neuen Regierung erwartet werden. Auch für die in Dänemark übliche Minderheitsregierung brauchen die Sozialdemokraten Unterstützung. Die kleineren Parteien des roten Blocks verzeichneten einen kräftigen Stimmenzugewinn. Nicht alle befürworten allerdings den Rechtsruck der Sozialdemokraten in der Migrations- und Asylpolitik. Nichtsdestotrotz ist eine Regierung mit den Sozialdemokraten an der Spitze am wahrscheinlichsten. Venstre schlug unmittelbar nach den Wahlen die Bildung einer Großen Koalition vor, was von der Parteichefin der

3 Danmarks Statistik: Resultater – Hele Landet, abrufbar unter: <http://dst.dk/valg/Valg1684447/valgopg/valgopgHL.htm> (letzter Zugriff: 10.6.2019).

4 Lars Lindevall: Valgforsker om resultat, in: DR Nyheder, 7.6.2019, eigene Übersetzung.

Sozialdemokraten, Mette Frederiksen, zurückgewiesen wurde. Sie strebt zumindest formell an, ohne Koalition mit anderen Parteien auszukommen und sich auf wechselnde Mehrheiten im Parlament zu stützen.⁵

Brexit

Die Wahlen des Europäischen Parlaments und des Folketings standen zumindest implizit im Zeichen des potenziellen Brexits. Darüber hinaus nahm die Debatte um die Konsequenzen des Brexit weiterhin eine große Rolle in Dänemark ein und das Land begann, sich verstärkt auf die Zeit nach diesem vorzubereiten. Großbritannien ist Dänemarks drittgrößter Exportmarkt für Waren und Dienstleistungen, weshalb die dänische Wirtschaft negative Auswirkungen auf ihre wirtschaftliche Tätigkeit und volkswirtschaftliche Ziele befürchtet. Vor diesem Hintergrund wurde das Risiko eines Brexits ohne Austrittsvertrag sehr ernst genommen und die Regierung unterstützte Bemühungen, einen harten Brexit zu verhindern. Nichtsdestotrotz betonte sie auch, dass Dänemark für ein britisches Ausscheiden ohne Vertrag vorbereitet wäre. Eine interministerielle Arbeitsgruppe der Regierung arbeitete intensiv daran, Verwaltung und Wirtschaft auf einen möglichen Schock vorzubereiten. Dansk Industri, die größte dänische Handelskammer, startete mit Schulungen für große und kleine dänische Unternehmen.

Ferner haben die andauernden Brexit-Verhandlungen dazu geführt, dass der verbreitete Europaskeptizismus an Unterstützung verloren hat, was sich nicht nur in den Wahlergebnissen niedergeschlagen hat. Die europaskeptischsten Parlamentsparteien, die DVP und Enhedslisten, haben den Wunsch nach einem dänischen Referendum über einen EU-Austritt auf Eis gelegt.⁶ Eine Mehrheit der Bevölkerung hält die Europäische Union eher für eine gute (75 Prozent) als eine schlechte Sache (19 Prozent), was über dem EU-Durchschnitt liegt. 78 Prozent fühlen sich als EU-Bürger.⁷

Verteidigungs- und Sicherheitspolitik

Als Konsequenz des britischen Austrittsreferendum betonte Dänemark ebenfalls die Notwendigkeit neuer Bündnisse. Dies war im vergangenen Jahr insbesondere in Bezug auf die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu beobachten. Im November 2018 veröffentlichte die Regierung ihre neue Außen- und Sicherheitsstrategie für 2019 bis 2020. Zu den Kernbereichen zählen neben Wirtschaftsdiplomatie, einer neuen digitalen Weltordnung, Migration und Entwicklung vor allem auch die fortlaufende internationale Zusammenarbeit innerhalb der Vereinten Nationen und eine starke und effiziente Europäische Union. In der Europäischen Union ist Dänemark allerdings aufgrund seines Rechtsvorbehalts in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht an den jüngsten Entwicklungen einer neuen europäischen Militärkooperation beteiligt. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, welche schon jetzt als ein wichtiger Schritt Richtung Europäische Verteidigungsunion gesehen wird, wurde von 25 EU-Mitgliedstaaten verpflichtend unterschrieben. Nur Dänemark und Malta sind nicht Teil dieser europäischen Verteidigungsgemeinschaft.

Allerdings betonte die Regierung, dass sich Dänemark so weit wie im Rahmen seines Rechtsvorbehalts möglich an der europäischen Verteidigungszusammenarbeit außerhalb der

5 Morten Nielsen: Ny regering på vej, men forhandlingerne bliver dramatiske, in: TV2, 6.6.2019.

6 Per Bang Thomsen: 'Vi ønsker ikke at kopiere kaos': Brexit har skræmt danske EU-skeptikere - men ikke alle, in: DR Nyheder, 23.5.2019

7 Daniel Matthews-Ferrero/Robert Steenland/Trine Enig: EU country briefing. Denmark, in: EURACTIV, 28.3.2019.

NATO beteiligen werde. So ist das Land, zusammen mit neun anderen EU-Staaten, Teil der von Emmanuel Macron initiierten Europäischen Interventionsinitiative, welche durch eine engere Zusammenarbeit der Generalstäbe eine schnellere militärische Reaktion in Krisenlagen ermöglichen soll. Darüber hinaus erwartet man in Dänemark, dass die Europäische Union angesichts der geänderten transnationalen Beziehungen künftig mehr Verantwortung übernimmt. Vor diesem Hintergrund wurden auch erste Vorschläge gemacht, dass das Land seinen Rechtsvorbehalt in der Sicherheitspolitik überdenken solle. Dies ist allerdings noch nicht im breiten politischen Diskurs angekommen.⁸

Verhandlungen des mehrjährigen Finanzrahmens

Der von der Europäischen Kommission im Mai 2018 vorgelegte Haushaltsvorschlag sieht eine Erhöhung der nationalen Beiträge von heute 1,03 auf künftig 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU-Mitgliedstaaten vor, um die Lücke, die der Austritt Großbritanniens im EU-Haushalt hinterlassen würde, zu füllen. Der Vorschlag würde den dänischen Nettobeitrag von rund 5,8 Mrd. auf knapp 8 Mrd. Euro erhöhen. Dies stößt auf Widerstand in Dänemark, welches sich mit Österreich, den Niederlanden und Schweden für eine Senkung der nationalen Beitragszahlungen auf 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens einsetzt. Die dänische Regierung verlangt ferner eine neue Priorisierung der EU-Ausgaben, um den Haushalt stärker auf Bereiche wie die Migrationsherausforderung innerhalb der Europäischen Union und in der Nachbarschaft, Wachstums- und Wettbewerbsinitiativen, Forschungs- und transnationale Infrastrukturprojekte sowie klimabezogene Ausgaben auszurichten. Hier sieht die Regierung gemeinsame Herausforderungen, für die der EU-Haushalt Ergebnisse erzielen kann, die nicht von den Mitgliedstaaten allein erreicht werden können. Die Regierung ist aktiv an den Verhandlungen beteiligt, sowohl um die Ausgaben gegenüber dem Kommissionsvorschlag deutlich zu senken, als auch um sich für die geforderte Neuausrichtung einzusetzen.⁹

Fazit

Das vergangene Jahr war aus politischer Perspektive stark von den Wahlen im Frühjahr 2019 geprägt, welche den immer europafreundlicheren Trend in der dänischen Politik und Gesellschaft der letzten Jahre fortsetzten. Diese Entwicklungen, ergänzt um die Debatte über den Brexit und seine Konsequenzen, veranlassten ein Überdenken strategischer Partnerschaften und der Rolle Dänemarks in der Europäischen Union. Gerade letzteres ist allerdings noch nicht in einen politischen Konsens gemündet. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass Dänemark weiterhin stark nationale Interessen in den Austrittsverhandlungen oder den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen betonen wird – unabhängig davon, welche Partei in Zukunft die Regierung anführen wird.

Weiterführende Literatur

Pawel Tokarski/Serafina Funk: Non-euro Countries in the EU after Brexit. Between Fear of Losing of Political Influence and Euro Accession, in: SWP Comment C 03/2019.

8 Emma Qvirin Holst/Rikke Albrechtsen: Macron vil have et tættere forsvarssamarbejde med Danmark, in: *Altinget*, 28.8.2018.

9 Europaudvalget: Rådsmøde 3685 Samlenotat.